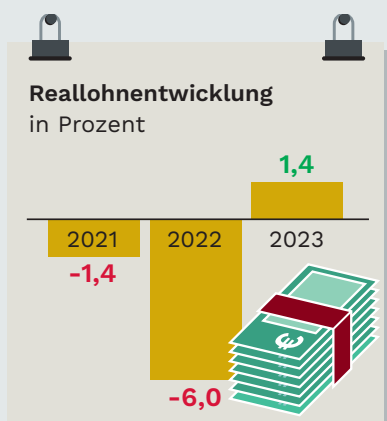


Verdienste in Bremen: Lohnentwicklung in Zeiten der Krisen

Kevin Rösch
Juli 2024



15 Prozent der Beschäftigten
im Land Bremen arbeiten zum
Niedriglohn von weniger als
13,04 €/Stunde.



Bremen spielt beim Einkommen oben mit und hat dennoch Aufholbedarf

Im Vergleich zum mittleren Bruttomonatsverdienst (Median) aller Bundesländer schnitt der Zwei-Städte-Staat 2023 relativ gut ab: Mit 3.942 Euro befanden sich die Vollzeitbeschäftigten in Bremen im oberen Drittel des Ländervergleichs. Hier wurde zwar mehr verdient als in vielen Flächenländern, jedoch weniger als in den beiden anderen Stadtstaaten Hamburg und Berlin. Verglichen mit den einwohnerstärksten Städten Deutschlands ergibt sich für die Stadt Bremen ein etwas anderes Bild: Hier belegen die Vollzeitbeschäftigten nur einen Platz im Mittelfeld. Angeführt wird das Großstädteranking von München, Stuttgart und Frankfurt am Main. In Bremen (Stadt) wird im Mittel etwa so viel verdient wie in Essen, Nürnberg, Duisburg oder Berlin (siehe Abbildungen auf nächster Seite). Auch mit Blick auf Bremerhaven relativiert sich die Situation der mittleren Einkommen im Land: Im Vergleich mit ähnlich großen Städten rangiert die Seestadt mit einem mittleren Monatsverdienst von 3.495 Euro brutto am unteren Ende zwischen Bottrop und Cottbus und liegt damit knapp 400 Euro unter dem westdeutschen Durchschnitt. Im regionalen Vergleich folgen Cuxhaven mit 3.329 Euro sowie Delmenhorst mit 3.219 Euro brutto pro Monat auf Bremerhaven.

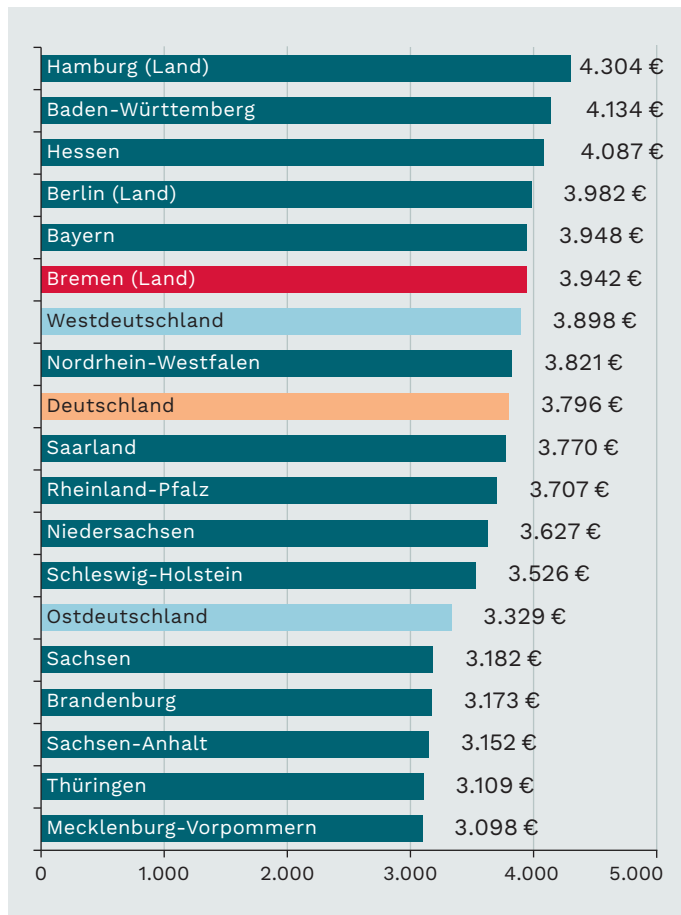
Trendwende bei den Reallöhnen – umfangreicher Niedriglohnsektor

Seit Anfang 2020 geriet Deutschland und damit auch das Land Bremen von einer Krise in die nächste: Zuerst kam die Coronapandemie, dann explodierten die Preise im Zuge des russischen Angriffskriegs. Die Verbraucherpreise stiegen ab dem Sommer 2021 immer stärker und legten aufgrund massiv steigender Energie- und Nahrungsmittelpreise auch in der ersten Hälfte des Folgejahres noch kräftig zu. Die Reallöhne, also der Verdienst, über den Beschäftigte tatsächlich verfügen, wenn man die Preissteigerungen berücksichtigt, befanden sich seit dem Frühjahr 2021 im Tiefflug. In Bremen war die Entwicklung vor allem in 2022 schlechter als im Bundesdurchschnitt. Allerdings erholten sich die Bremer Reallöhne zum Jahreswechsel von 2022 auf 2023 schneller als im Bund und entwickelten sich seither positiv. Dies darf aber nicht über die starken Reallohnverluste der Vorjahre hinwegtäuschen.

Reallohnverluste treffen diejenigen am empfindlichsten, die wenig verdienen. Im Jahr 2023 verdienten im Land Bremen 58.000 Menschen nur einen Niedriglohn – also weniger als 13,04 Euro pro Stunde. Vor allem Menschen ohne Berufsabschluss, Frauen, Ausländer und Menschen in Helferberufen arbeiten für geringe Löhne. Das Risiko ist in den Reinigungs-, Gastronomie- und Verkaufsberufen besonders hoch.

Bremen im oberen Drittel im Ländervergleich

Mittlere Bruttomonatsverdienste mit Sonderzahlungen in Euro im Jahr 2023

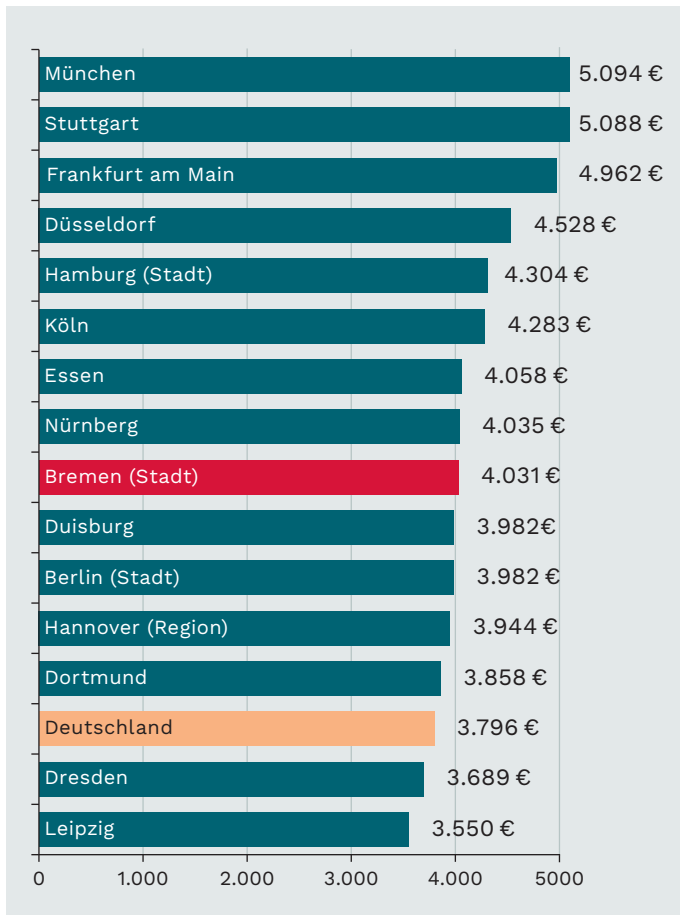


Quelle: Bundesagentur für Arbeit

© Arbeitnehmerkammer Bremen

... unter Großstädten aber nur im Mittelfeld

Mittlere Bruttomonatsverdienste mit Sonderzahlungen in Euro im Jahr 2023



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

© Arbeitnehmerkammer Bremen

Reallohnindex auf Basis der durchschnittlichen Bruttomonatsverdienste mit Sonderzahlungen im Land Bremen

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent

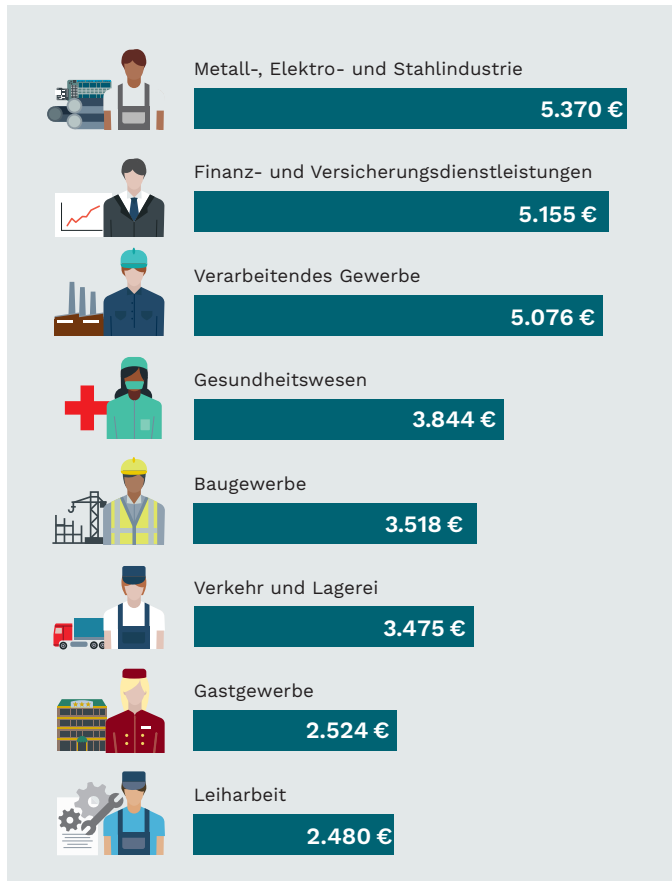


Quelle: Statistisches Landesamt Bremen

© Arbeitnehmerkammer Bremen

Große Lohnunterschiede in verschiedenen Branchen im Land Bremen

Mittlere Bruttomonatsverdienste mit Sonderzahlungen in Euro im Jahr 2023

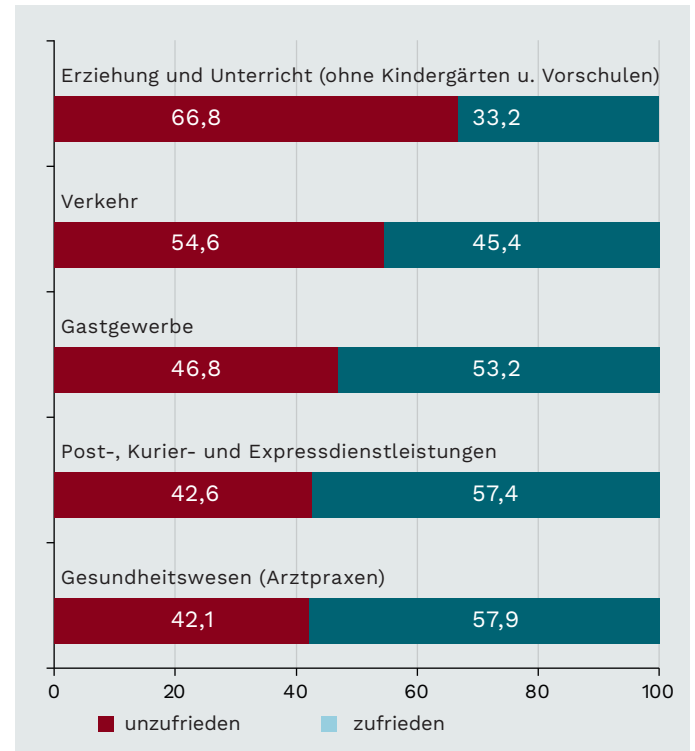


Quelle: Bundesagentur für Arbeit

© Arbeitnehmerkammer Bremen

Zufriedenheit mit dem Lohn beziehungsweise Gehalt aus der Haupttätigkeit

in Prozent der Befragten im Jahr 2023



Quelle: Arbeitnehmerkammer Bremen

© Arbeitnehmerkammer Bremen

Große Verdienstunterschiede zwischen unterschiedlichen Branchen

Mit Blick auf die bremische Wirtschaftsstruktur ist es nicht überraschend, dass die Branchen, in denen große, international agierende Unternehmen wie Airbus, ArcelorMittal oder Mercedes-Benz vertreten sind, durch höhere Verdienste auffallen. Diese Unternehmen bieten vergleichsweise gut bezahlte und tarifgebundene Arbeitsplätze: So verdienen insbesondere Beschäftigte in der Metall-, Elektro- und Stahlindustrie und jene im verarbeitenden Gewerbe mitunter am besten. Das Schlusslicht im Branchenranking bildet die Leiharbeit, dicht gefolgt vom Gastgewerbe. Dort wird im Mittel weniger als halb so viel verdient wie beispielsweise in der Finanz- und Versicherungsbranche.

Bei näherer Betrachtung der Verdienststruktur wird schnell deutlich, dass es auch große Einkommensunterschiede zwischen verschiedenen Berufsgruppen gibt. So wird mit einem mittleren Monatsbrutto von 3.844 Euro im Gesundheitswesen zwar nah am Landesdurchschnitt verdient, allerdings werden

hier Ärzte/-innen – mittleres Monatsbrutto: 7.121 Euro – und Arzthelfer/-innen zusammengefasst, die nur 2.853 Euro brutto verdienen. Letztere liegen damit knapp 1.000 Euro unterhalb des mittleren Branchenmonatsverdienstes, während Ärzte/-innen fast das Doppelte davon erhalten. Es ist daher nicht verwunderlich, dass die Beschäftigten in Arztpraxen zu den unzufriedensten gehören, wenn es um ihre Gehälter geht. Die Beschäftigtenbefragung „Koordinaten der Arbeit im Land Bremen 2023“ der Arbeitnehmerkammer zeigt, dass neben den Arzthelfern/-innen auch Beschäftigte der Post- und Kurierdienste und des Gastgewerbes besonders unzufrieden mit ihrer Bezahlung sind, vor allem aber jene in Verkehrsberufen und im pädagogischen Bereich (Kindergärten und Vorschulen ausgenommen).

➔ www.arbeitnehmerkammer.de/beschaeftigtenbefragung.html

Männer verdienen mehr als Frauen – Branche und Art des Arbeitsvertrags ausschlaggebend

Verdienstunterschiede zwischen Frauen und Männern werden als Gender Pay Gap bezeichnet. Dieser gibt auf Basis der Bruttostundenlöhne an, wie viel weniger Frauen als Männer verdienen. Im Land Bremen verdienten 2023 weibliche Beschäftigte durchschnittlich 19 Prozent brutto weniger in der Stunde als männliche – was einem Unterschied von 4,86 Euro brutto in der Stunde entspricht. Deutschlandweit lag der Gender Pay Gap 2023 bei 18 Prozent (4,46 Euro brutto pro Stunde). Das Land Bremen schneidet in dieser Hinsicht auch im Vergleich zu anderen Bundesländern schlecht ab: Nur in Hessen, Baden-Württemberg und Bayern sind die geschlechtsbedingten Lohngefälle noch größer.

Ein großer Teil dieses Gehaltsunterschieds – der „unbereinigte“ Gender Pay Gap – lässt sich dadurch erklären, dass Frauen häufiger in schlechter bezahlten Branchen und Berufen arbeiten als Männer. Dass Frauen in diesen Berufen und Branchen häufiger schlechter bezahlte Positionen bekleiden als Männer, fällt ebenfalls ins Gewicht: Sogar in frauendominierten Branchen sind Führungskräfte oft Männer. Im Land Bremen lag der Anteil von Frauen in leitenden Positionen im vergangenen Jahr lediglich bei knapp 19 Prozent. Damit schnitt Bremen im Ländervergleich am schlechtesten ab.

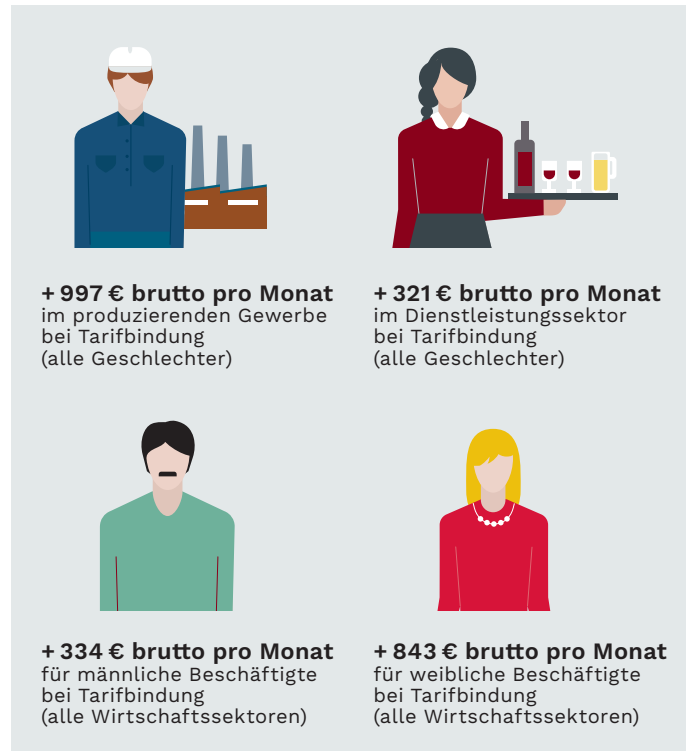
Doch selbst wenn weibliche Beschäftigte eine vergleichbare Tätigkeit bei vergleichbarer Qualifikation und Position im Unternehmen wie ihre männlichen Kollegen ausüben, verdienen sie weniger: Dieser „bereinigte“ Gender Pay Gap lag im Land Bremen im vergangenen Jahr bei sieben und im Bundesdurchschnitt bei sechs Prozent.

Unbefristete Arbeitsverträge zahlen sich aus

Auch die Art der Arbeitsverhältnisse ist ausschlaggebend für das Einkommen. Grundsätzlich gilt: Wer im Zwei-Städte-Staat in einem unbefristeten Beschäftigungsverhältnis arbeitet, verdient im Durchschnitt mehr als in einem befristeten Arbeitsverhältnis. Bremens Männer erhalten bei einem unbefristeten Arbeitsvertrag im Schnitt einen Gehaltsbonus von 1.162 Euro brutto pro Monat, verglichen mit befristet Beschäftigten. Bei den Frauen fällt dieser Bonus deutlich geringer aus: Unbefristet Beschäftigte erhalten im Vergleich monatlich 474 Euro brutto mehr als mit befristeten Arbeitsverträgen.

Tarifbeschäftigte erhalten deutlich höhere Löhne

Berechnung auf Basis der durchschnittlichen Bruttomonatsverdienste ohne Sonderzahlungen im Land Bremen für das Jahr 2023



Quelle: Statistisches Landesamt Bremen

© Arbeitnehmerkammer Bremen

Tarifbindung wirkt sich positiv auf Bremer Löhne aus

Bremer Tarifbeschäftigte verdienten 2023 über alle Anforderungsstufen, Branchen und Geschlechter hinweg durchschnittlich rund 500 Euro brutto im Monat mehr als Beschäftigte ohne Tarifvertrag und das ganz ohne Berücksichtigung von Sonderzahlungen. Insbesondere für Frauen und für Beschäftigte im produzierenden Gewerbe zahlen sich tarifgebundene Arbeitsverhältnisse aus. 2023 waren 20 Prozent der Unternehmen im Land Bremen tarifgebunden – im Jahr zuvor waren es noch 23 Prozent.¹ Vor allem kleine und mittlere Betriebe sind nach und nach aus der Tarifbindung ausgestiegen.

¹ Schwankungen in den Werten zur Tarifbindung können von stichprobenbedingten Messfehlern verursacht sein. Die Angaben zur Tarifbindung beziehen sich sowohl auf Branchen- und Flächentarifverträge als auch auf Firmen- und Haustarifverträge, vergleiche WSI (2024): Tarifbindung in den Bundesländern. Analysen zur Tarifpolitik Nr. 103.

Doch nicht nur in Bremen und auch nicht nur in Bezug auf reguläre Verdienste sorgen Tarifverträge für bessere Bedingungen. Wie eine Studie des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung zeigt, profitierten tarifgebundene Beschäftigte bundesweit deutlich stärker von der Inflationsausgleichsprämie als Beschäftigte ohne Tarifvertrag. So wurden 77 Prozent der tarifgebundenen Vollzeitbeschäftigten durchschnittlich 2.272 Euro ausgezahlt, während nur 61 Prozent der nicht tarifgebundenen Vollzeitbeschäftigten eine Ausgleichszahlung von durchschnittlich 1.838 Euro erhielten. Unter allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (einschließlich Teilzeitbeschäftigten und unabhängig von der Tarifbindung) bekamen 69 Prozent eine durchschnittliche Ausgleichszahlung von 1.953 Euro. Insgesamt kamen höhere Einkommen deutlich stärker in den Genuss der Inflationsausgleichsprämie als niedrigere: 77% der Vollzeitbeschäftigten mit einem Haushaltsnettoeinkommen von über 4.500 Euro pro Monat gaben an, eine Inflationsausgleichszahlung in Höhe von durchschnittlich 2.356 Euro erhalten zu haben. Bei den Vollzeitbeschäftigten mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von weniger als 2.000 Euro waren es nur etwa 50 Prozent und durchschnittlich 1.398 Euro.

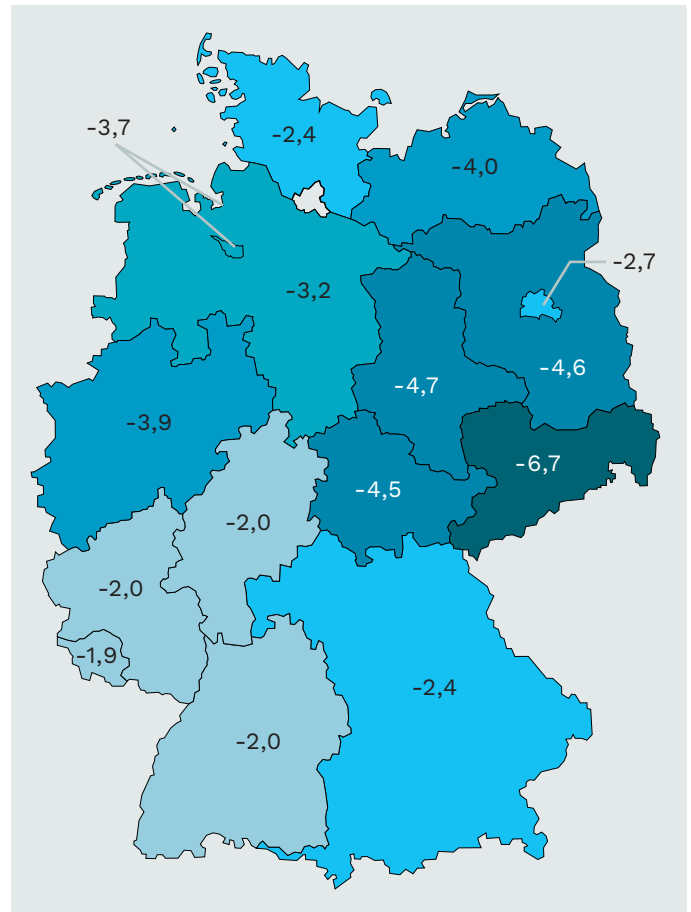
Niedriglohnsektor schrumpft aktuell: erstarkende Gewerkschaften und Mindestloohnerhöhungen wirksam

Im Niedriglohnsektor beschäftigt zu sein heißt, weniger als zwei Drittel des mittleren Bruttostundenlohns zu verdienen. 2023 lag diese Schwelle bundesweit bei 13,04 Euro. In Bremen verdienten vergangenes Jahr etwa 15 Prozent aller abhängig Beschäftigten so wenig – 2022 waren es noch rund 19 Prozent. Das bedeutet, dass 2023 rund 58.000 der 375.000 Beschäftigten in Bremen zu Niedriglöhnen arbeiteten – so war nahezu jede und jeder siebte Beschäftigte davon betroffen. Immerhin waren das 14.000 Menschen weniger als noch 2022. Im Vergleich zu den anderen Bundesländern schnitt Bremen hinter Hamburg, Berlin, Bayern sowie Baden-Württemberg relativ gut ab. Die elf übrigen Bundesländer haben größere Niedriglohnsektoren als der Zwei-Städte-Staat. Der Rückgang zwischen 2022 und 2023 in Bremen war jedoch nur durchschnittlich. Die stärksten Verbesserungen verzeichnen die ost-deutschen Bundesländer – allerdings sind die dortigen Niedriglohnsektoren weiterhin die größten in Deutschland.

Eine wichtige Rolle für diese positive Entwicklung spielte sowohl bundesweit als auch in Bremen der 2022 von 9,82 Euro auf zwölf Euro angehobene Mindestlohn, der im Januar 2024 nochmals stieg, auf jetzt 12,41 Euro. Hinzu kommt: Die zuletzt offensivere Tarifpolitik der Gewerkschaften führte zu vergleichsweise hohen Tarifabschlüssen und sorgte insbesondere in den unteren Entgeltgruppen für stärkere Lohnzuwächse. Aufgrund der hohen Inflation der vergangenen Jahre liegen die realen Tariflöhne und damit die tatsächliche Kaufkraft dieser

Niedriglohnsektor schrumpft derzeit

Änderung des Anteils der abhängigen Beschäftigungsverhältnisse mit Niedriglohn in Prozentpunkten von 2022 auf 2023 (fehlende Daten zu Hamburg)



Quelle: Statistisches Landesamt Bremen

© Arbeitnehmerkammer Bremen

Löhne jedoch im Durchschnitt auf dem Niveau von 2016, wie der tarifpolitische Jahresbericht 2023 des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts der Hans-Böckler-Stiftung (WSI) zeigt. ➔ www.wsi.de/fpdf/HBS-008800/p_ta_jb_2023.pdf

In Bremen sind besonders Frauen von Niedriglohnjobs betroffen. 2023 arbeitete fast jede fünfte Beschäftigte zu einem Stundenlohn von weniger als 13,04 Euro. Zum Vergleich: Bei den Männern war ‚nur‘ etwa jeder achte Beschäftigte betroffen. Darüber hinaus muss betont werden, dass die sehr hohen Einkommen seit Ende der 1990er-Jahre stärker gestiegen sind als die unteren Einkommen. Nach Berechnungen des WSI nahm die Einkommensungleichheit also zu, auch wenn sich der Abstand zwischen den niedrigsten und den höchsten Bruttostundenlöhnen im vergangenen Jahr verringert hat. ➔ www.wsi.de/fpdf/HBS-008729/p_wsi_report_90_2023.pdf

Unsere Forderungen:

Tarifbindung stärken

In Bremen ist mit der Überarbeitung des Tariftreue- und Vergabegesetzes ein wichtiger Schritt getan – es umfasst nun auch den Dienstleistungsbe- reich. Nun muss es schnell umgesetzt und von der Landesregierung gründlich begleitet und streng kontrolliert werden.

In der Wirtschaftsförderung muss ein Bonussys- tem für tarifgebundene Unternehmen eingeführt werden. Ferner ist zu prüfen, ob die Vergabe von Gewerbeflächen – insbesondere bei neuen Gewer- begebieten, aber auch bei der Erweiterung von Be- standsflächen wie beispielsweise im Gewerbepark Hansalinie – an die Anwendung von Tarifverträgen geknüpft werden kann.

Auf Bundesebene muss endlich ein Tariftreuegesetz beschlossen und zudem die Allgemeinverbind- lichkeitserklärung von Tarifverträgen erleichtert werden.

Mindestlohn auf mindestens 14 Euro erhöhen

Zur stärkeren Eindämmung des Niedriglohnsek- tors ist eine weitere Anhebung des Mindestlohns unabdingbar. Laut der EU soll der landesweite

Mindestlohn 60 Prozent des mittleren Brut- tostundenlohns von Vollzeitbeschäftigten betra- gen – 2024 wären das hierzulande rund 14 Euro. Deutschland muss diese Richtlinie endlich umset- zen.

Sachgrundlose Befristung abschaffen

Im Jahr 2022 waren insgesamt **ganze 60 Prozent** der befristeten Beschäftigten im Land Bre- men sachgrundlos. Beschäftigte, die mit solchen Arbeitsverträgen arbeiten, haben nicht nur eine erschwerte Lebens- und Familienplanung, sondern sind auch vergleichsweise stärker von psychischen Belastungen betroffen.

Gender Pay Gap reduzieren

Frauendominierte Berufe müssen durch bessere tarifliche Eingruppierung und Bezahlung aufge- wertet werden. Über die Hälfte der erwerbstätigen Frauen in Bremen arbeitet in Teilzeit – und verdient entsprechend weniger. Durch neue Arbeitszeitkul- turen in den Unternehmen und politisch geförderte Modellprojekte müssen sich die Arbeitszeiten der Geschlechter schrittweise angleichen.



Die neuesten Wirtschafts-, Beschäftigungs- und Sozialdaten für das Land Bremen gibt es bei der Arbeitnehmerkammer immer aktuell im Statistik-Portal der Arbeitnehmerkammer Bremen: www.arbeitnehmerkammer.de/statistik

Kevin Rösch

Referent für Finanz- und Wirtschaftspolitik



E-Mail: k.roesch@arbeitnehmerkammer.de

Impressum: KammerKompakt Nr. 4 2024, / Herausgeberin: Arbeit- nehmerkammer Bremen, Bürgerstraße 1, 28195 Bremen / Redaktion: Elke Heyduck, Nathalie Sander / Gestaltung: GfG Gruppe für Gestal- tung GmbH / Druckkoordination: Peppermint Druck, Weyhe. Das KammerKompakt finden Sie auch zum kostenlosen Download auf der Website www.arbeitnehmerkammer.de/kammerkompakt